

Kommentar

Entscheide heute treffen

Von Thomas Dähler



Die Region Basel wächst. Das ist in Basel nicht anders als in den anderen Wirtschaftszentren der Schweiz. Ein Glück: Nur schon der Blick

über die Landesgrenze zeigt, dass Wachstum, Arbeit und Wohlstand nicht selbstverständlich sind. Zu den Rahmenbedingungen für das Funktionieren der Wirtschaft gehört auch ein Verkehrsnetz, das funktioniert. Es ist nur folgerichtig, dass sich eine Region, die sich im Wachstum befindet, sich auch um den Ausbau ihrer Verkehrsinfrastruktur kümmert. Weder das heutige Bahnnetz noch die heutige Strasseninfrastruktur haben genügend Reservekapazitäten, um einen weiteren Anstieg der Bevölkerung und der Wirtschaftsaktivität aufzunehmen. Im Gegenteil: Die Grenzen sind erreicht, die Bahn ist überfüllt, auf der Autobahn von, nach und um Basel staut der Verkehr täglich. Abhilfe tut Not. Die Politikerinnen und Politiker beider Basel stehen vor der Herausforderung, die Kapazitäten auf Strasse und Schiene auszubauen.

Wenn die Baselbieter Wirtschaftskammer ihre Regierung auffordert, sowohl kurzfristig als auch länger vorausschauend Massnahmen einzuleiten, entspricht sie dem Ruf der Wirtschaft, rasch und vorausschauend Lösungen zu suchen und umzusetzen. Das ist bitter nötig: Bremsmanöver wie ein Dauer-Rotlicht vor der Einfahrt auf die ungenügend ausgebauten Autobahnen sind untauglich. Damit würden Lösungen auf morgen verschoben, die es schon heute braucht.

Die Region Basel kann sich den gemächlichen Planungsrhythmus nicht mehr leisten.

Dass die Wirtschaftsakteure sich für Durchmesserlinien bei der S-Bahn und für einen Strassenverkehrsring rund um Basel einsetzen, ist zu begrüssen. Wirklich spektakulär ist es indes nicht: Zürich, Bern oder Lausanne haben zu einem guten Teil schon verwirklicht, was in Basel erst angedacht ist. Eine Wirtschaftsregion in der Grösse Basels wird nicht darum herumkommen, mittelfristig nach ähnlichen Lösungen für ihre Verkehrsprobleme zu suchen. Zusätzlich dazu werden die beiden Basel auch kurzfristig realisierbare Verbesserungen umsetzen müssen. Das jahrelange Evaluieren von Varianten und das Warten auf die Infrastrukturgelder der Zukunft für teure Luxuslösungen liegen schlicht nicht drin.

Es wäre an der Zeit, Hand zu bieten für Projekte, die Bundesbern in Basel längst realisieren möchte. Der tägliche Stau auf der A2 ist ein deutliches Indiz dafür, dass sich die Region Basel den gemächlichen Planungsrhythmus und die Verschiebung von heute notwendigen Lösungen auf morgen nicht mehr leisten kann. Die Regierungen der beiden Kantone sind herausgefordert, rasch Entscheide zu fällen.

thomas.daehler@baz.ch Seite 3

Der Atompoker Hassan Rohanis

Der iranische Präsident ist trotz Charmeoffensive ein knallharter Verteidiger des Systems

Von Pierre Heumann

Teheran. Nach acht Jahren Sanktionen und einem Präsidenten, der ihr Land weltweit zum Gespött machte, hatten die Iraner genug: Die Plattform «Vorsicht und Hoffnung» von Hassan Rohani erhielt deshalb im Sommer eine Mehrheit der Stimmen. Rohani hatte sich im Wahlkampf als gemässigter Politiker gepriesen, der das Land in die diplomatische Normalität führen und ein Ende der Sanktionen anstreben werde.

Seit seinem Amtsantritt im August hat Rohani in der Tat intensiv am Image seines Landes gearbeitet. Er hat zum Beispiel politische Gefangene freigelassen und ein Ministerium für Frauen gegründet, das sich für Gleichberechtigung in Beruf und Ausbildung kümmern soll. Bei seinem UNO-Auftritt zeigte er sich charmant und aufgeschlossen und war offensichtlich bemüht, seinem Regime ein neues, modernes Gesicht zu geben. Er griff zum Telefon und sprach während 15 Minuten mit US-Präsident Barack Obama. Nach der jahrelangen Funkstille zwischen Teheran und Washington galt das als kleine Sensation. Rohani sei es mit den Reformen ernst, hiess es schnell.

Dieser Schluss ist voreilig. Echte Reformen sind von Rohani kaum zu erwarten. Während 16 Jahren vertrat er den Revolutionsführer Ali Khamenei im Nationalen Sicherheitsrat, einer der mächtigsten Repressionsbehörden der Islamischen Republik. In den 80er- und 90er-Jahren hatte er mehrere Regierungsposten inne. Dass seine Kandidatur als Präsident zugelassen wurde, weist ihn ebenfalls als treuen Anhänger des Regimes aus. Um die Nachfolge von Mahmud Ahmadinejad hatten sich lediglich sechs Männer bewerben dürfen. 678 Möchtegern-Präsidenten wurden vom Wächterrat disqualifiziert, weil sie ideologisch nicht zu überzeugen vermochten. Rohani war einer der wenigen, der das «Gütezeichen» des höchsten Ayatollahs erhielt.

Zweifel an Ernsthaftigkeit

Jetzt strebt Präsident Rohani ein Ende der Sanktionen an, weil sie der iranischen Wirtschaft arg zusetzen. Er weiss: Dazu muss er die Beziehungen zum Westen verbessern. Deshalb tritt er nicht ideologisch, sondern pragmatisch auf.

Doch Charmeoffensive hin oder her: ein Blick auf Rohanis bisherigen Leistungsausweis lässt Zweifel an seiner Ernsthaftigkeit aufkommen, auf das Nuklearprojekt zu verzichten.

Der Mann, der so gewinnend lächeln kann, hat in den letzten 30 Jahren die Eroberung der amerikanischen Botschaft in Teheran gestützt; hat die Fatwa gegen den Schriftsteller Salman Rushdie befürwortet, dem das Regime vorwarf, den Islam beleidigt zu haben; hat in den 90er-Jahren die iranische Protestbewegung mit Gewalt unterdrückt und die Redaktionen von Zeitun-



Nette Worte und ein Lächeln. Der Westen reagiert positiv auf den iranischen Präsidenten Hassan Rohani. Foto Keystone

gen schliessen lassen, die mit der Opposition sympathisierten; hat den Angriff der Al Qaida auf Amerika gutgeheissen und Selbstmordanschläge auf israelische Zivilisten gelobt.

Rohani, das zeigt auch eine Auswertung seiner zehn Bücher und 40 Artikel, ist ein knallharter Verteidiger des Systems*. Die Bewahrung der Prinzipien der Islamischen Republik betrachtet er als religiöse Pflicht. Reformen akzeptiert er nur als Mittel, um das System zu stärken.

Im Westen fiel Rohani erstmals in den Jahren 2003 bis 2005 auf: Als Chefunterhändler im Atomstreit mit dem Westen. Durch ein Täuschungsmanöver gelang es ihm, zu verhindern, dass die Atomfrage beim UNO-Sicherheitsrat landete. Stolz fasste er in einer Rede seine List zusammen: «Während wir mit den Europäern in Teheran verhandelten, installierten wir in Isfahan die Anlage (zur Atomanreicherung, Red). Indem wir eine entspannte Atmosphäre

schufen, gelang es uns, die Arbeit in Isfahan zu Ende zu bringen.»

Es sei vor allem darum gegangen, Vertrauen zu schaffen, fasste Rohani vor zwei Jahren seine Erfahrungen als Chefunterhändler zusammen und rechtfertigte die vorübergehende Suspendierung einiger Nuklearaktivitäten. Gleichzeitig habe Teheran nämlich wichtige Fortschritte gemacht – zum Beispiel bei den Zentrifugen, bei der unterirdischen Anlage von Natanz und in Arak, wo ein Schwerwasser-Reaktor entstand.

Keine echten Konzessionen

Sanktionen aufheben, auf Zeit spielen: Darauf zielt das Atompoker Rohanis ab. Der bisherige Erfolg muss ihn zuversichtlich stimmen. Der Westen hat positiv auf Rohanis Lächeln und netten Worte reagiert – ohne dass Rohani echte Konzessionen gemacht hätte.

Der iranische Präsident weiss: Für eine Atombombe braucht es 250 Kilo-

gramm Uran, das auf 20 Prozent angereichert ist. Bereits verfügbar seien 186 Kilogramm, heisst es in einem Bericht der Internationalen Atomenergieagentur IAEA. Damit ist Teheran an der Schwelle zum nuklearen Zeitalter. Noch ein paar freundliche Worte und etwas Charme-Einsatz – und die A-Bombe ist realisierbar. Damit, so schrieb Rohani einmal, werde auch die «Autorität des iranischen Systems gestärkt». Das steht für ihn im Vordergrund, und deshalb wird er an der Atombombe festhalten. Der iranische Präsident hat sich zwar ausführlich zu Themen wie Entwicklung, Energieressourcen und Erdölwirtschaft geäussert.

Ein Aspekt der zivilen Nutzung hat ihn aber offenbar nicht interessiert: Die friedliche Anwendung auf die iranische Ökonomie.

* Steven Ditto: Reading Rouhani. The Promise and Peril of Iran's New President, The Washington Institute for Near East Policy, 2013.

Israel will keine Lockerung der Sanktionen

Die Regierung Benjamin Netanyahu reagiert nervös auf die Genfer Atom-Gespräche

Von Pierre Heumann, Tel Aviv

Widersprüchliche Einschätzungen der Atomgespräche in Teheran und im Westen sorgten gestern kurz nach Beginn der neuen Gesprächsrunde für Verwirrung. Teheran sei bereit, mit der Atomenergiebehörde IAEA in Wien zusammenzuarbeiten und Kontrollen zuzulassen. Iran werde aber sein Recht auf Urananreicherung nicht preisgeben, meldeten gestern zwei iranische Nachrichtenagenturen. Damit würde der iranische Vorschlag zur Beilegung der Atomkrise deutlich dürrtiger ausfallen, als der Westen gehofft hatte.

Beobachter wollen indessen nicht ausschliessen, dass die Meldung für das Festhalten an der Urananreicherung zur Beruhigung des iranischen Publikums gedacht ist. Hardliner in Teheran warnen vor Zugeständnissen an den Westen. Bei den Atomgesprächen dürfe kein Jota an den Rechten des Iran gerüttelt werden.

Demgegenüber wurde in westlichen Diplomatenkreisen «vorsichtiger Optimismus» verbreitet und die «Entschlossenheit» betont, die Verhandlungen zu einem guten Ende zu bringen. Einzelheiten wurden nicht bekannt.

Eröffnet wurden die Atomgespräche mit einem Power-Point-Vortrag des iranischen Aussenministers Jawad Zarif. Er war trotz starker Rückenschmerzen nach Genf gereist. Anders als bei früheren Verhandlungsrunden bemühten sich beide Seiten um eine positive Atmosphäre. So akzeptierten die Iraner erstmals Englisch als Verhandlungssprache. Ein Sprecher Zarifs sprach blumig von «neuen Horizonten», die sich eröffnen könnten. Die Anwesenheit von amerikanischen Sanktionsspezialisten sollte Teheran zeigen, dass der Westen zu Diskussionen über eine Lockerung der Sanktionen bereit ist. Die Einnahmen des Regimes leiden unter den Einschränkungen beim Verkauf von Rohöl in den Westen

sowie wegen Erschwerungen im internationalen Geldverkehr, die den Aussenhandel lähmen.

Pochen auf Gegenleistung

Die israelische Regierung reagiert nervös auf die Gespräche und die Aussicht, dass die Sanktionen gelockert werden könnten, ohne dass Iran eine Gegenleistung erbringen muss. Israel habe gelernt, dass man Gefahren nie unterschätzen dürfe, sagte Regierungschef Benjamin Netanyahu in einer Rede zum 40. Jahrestag des Jom-Kippur-Kriegs. Das Sicherheitskabinett forderte, die Sanktionen beizubehalten. Iran sei wirtschaftlich stark unter Druck. Das sei eine gute Voraussetzung, um mit diplomatischen Mitteln ein Ende des nuklearen Waffenprogramms durchzusetzen. Die internationale Gemeinschaft müsse die vollständige Auflösung des militärischen Atom-Programms des Iran erzwingen, fordert Israel, das sich durch mögliche iranische Atomwaffen bedroht fühlt.

Wiederholt hat Netanyahu in den letzten Wochen betont, Israel würde allenfalls im militärischen Alleingang gegen das iranische Atomprogramm vorgehen. Als ob Israel dieser Warnung Nachdruck verleihen wollte, verbreitete die Regierung gestern Meldungen über Übungen der Luftwaffe, mit denen die militärischen Kapazitäten demonstriert werden sollten. Es habe sich um eine «ungewöhnlich grosse Übung» gehandelt, heisst es in Tel Aviv. Bereits am Donnerstag hatte die israelische Luftwaffe über griechischen Gewässern Angriffe auf entfernte Ziele simuliert. Wenn davon die Rede sei, dass gegenüber dem Iran alle Optionen auf dem Tisch seien, dann beinhalte das auch militärische Optionen, hiess es dazu auf der Internetseite der Luftwaffe.

Der Westen verdächtigt die Führung in Teheran, unter dem Deckmantel einer zivilen Forschung Atomwaffen entwickeln zu lassen. Der Iran bestreitet das. Seite 9